

1. September 2023

PDF-Darstellung der Meldung auf
www.emk.de vom 1.9.2023



»Auf die Wichtigkeit einer guten und nachhaltigen Finanzierung der Freiwilligendienste aufmerksam machen!« Das wünscht sich Jens Kluge, Geschäftsführer im Kinder- und Jugendwerk Ost, anlässlich der geplanten Kürzungen der Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres

Bildnachweis: Klaus Ulrich Ruof, EmK-Öffentlichkeitsarbeit

Etat Kürzungen bedrohen Freiwilligendienste

Die Kürzungen im Etatentwurf für den Haushalt der Bundesregierung bedrohen die Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll die Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für die Jahre 2024 und 2025 in zwei Stufen um über 110 Millionen Euro gekürzt werden. Die Diakonie Deutschland und die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) appellieren an die Bundestagsabgeordneten, den Haushalt im parlamentarischen Verfahren dringend nachzubessern. Bei Umsetzung der geplanten Kürzungen stünden nach Ansicht der Verbände viele Plätze in den Freiwilligendiensten vor dem Aus.

Die geplanten Maßnahmen bedeuten gegenüber den Fördermitteln für das aktuelle Jahr eine Kürzung um rund 35 Prozent. Davon ist auch die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK) mit ihrer organisierten Jugendarbeit und mit FSJ-Stellen in der Diakonie betroffen. Deshalb beteiligen sich die deutschen Kinder- und Jugendwerke der EmK an einer Petition, die dem Bundestag nach der Sommerpause vorliegt.

Jens Kluge, Geschäftsführer im Kinder- und Jugendwerk Ost, erklärt, dass sich auch der Bundesarbeitskreis für Freiwillige Soziale Dienste mit einem offenen Brief an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus wandten. »Gerade unter dem Druck von steigenden

Kosten für das Programm ist eine Kürzung fatal und das falsche Signal an eine gesellschaftliche Gruppe, die bereit ist, sich zu engagieren«, heißt es in diesem Schreiben. Wichtig sei, so Kluge, dass sich viele Einsatzstellen, Einrichtungen und auch Einzelpersonen an die politischen Mandatsträger und Bundestagsmitglieder in ihrer jeweiligen Region wenden, »um auf die Wichtigkeit einer guten und nachhaltigen Finanzierung der Freiwilligendienste aufmerksam zu machen«.

Viele der Freiwilligendienste könnten künftig sonst nicht mehr in der gewohnten Form geleistet werden. Die Träger und Einsatzstellen stünden vor unlösbare Herausforderungen, sagt Maria Loheide. »Jede vierte Einsatzstelle würde wegfallen«, klagt Loheide, die im Vorstand der Diakonie Deutschland für Sozialpolitik zuständig ist. »Vielerorts können Freiwilligendienste in Zukunft nicht mehr angeboten werden.« Damit würde ein wichtiges Instrument für die berufliche Orientierung und zur Gewinnung junger Menschen für soziale Berufe und gesellschaftliches Engagement nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Der Autor

Klaus Ulrich Ruof ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Pressesprecher für die Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland mit Sitz in Frankfurt am Main. Kontakt: oeffentlichkeitsarbeit@emk.de.